



Löhner-Bürger-Allianz



WERRE BOTE

**GRÜNE KRITIK
AN HERMES???**

-.-.-

DAS WAR GESTERN!!!



**Löhner Wahrzeichen
Ulenburg ...**

... vom Wittekindshof verramscht



**Inge Höger und der
Judenhass**



**Der Bluff mit dem
Passiv-Haus:**

Im Rathaus kriegt man kalte Füße



Wie geschichtsvergessen kann man sein?

Inge Höger-N und der Judenhass

von Eberhard Viering



Einige von Frau Högers Gästen machten im Bundestag dann auch Jagd - in diesem Falle auf den Juden Gregor Gysi, SED-Alt-Kader und aktueller Fraktionschef der Linken. Selbiger sah sich schließlich veranlasst, am

Ende seiner Flucht durch die heiligen Hallen des Reichstages im parlamentarischen Herrenklo Zuflucht zu suchen und sich dort zum Schutz von Leib und Leben zu verbarrikadieren, was dann auch - gefilmt von einem beflissenen Genossen - für die interessierte Öffentlichkeit per Video festgehalten wurde und seitdem bei Youtube eingesehen werden kann („Toilettenaffäre“ = www.youtube.com/watch?v=FhRd3PvvFx4). -

In ihrem Herforder Bundestagswahlkreis bzw. bei ihren Genossen rief die Aktion von Frau Höger unterschiedliche Reaktionen hervor:

Während das Häufchen* der Löhner SED-Fortsetzer um Ulrich Adler sich alsbald in die Front der Höger-Kritiker einreichte (NW 20.11.'14), stießen die übrigen Linksaußen-Genossen im Kreis Herford wenige Tage später genau auf die andere Seite der Meinungswippe und sprachen dem Antisemitismus von Inge Höger ihre Parteisolidarität aus (NW 28.11.'14).

Demjenigen, der die Zusammenhänge etwas genauer kennt, sind die widersprüchlichen Bekundungen innerhalb des gleichen Trüppchens leicht verständlich:

Die Dame Höger hatte einige Monate zuvor Adlers Lebenstraum abstürzen lassen: Adler, der seit langem gar so gerne in den Bundestag will und auch schon zu Zeiten des Arbeiter- und Mauernparadieses Bundestagskandidat und langjähriger Parteifunktionär für die vom Verfassungsschutz überwachte DKP war, rivalisierte 2013 mit Genossin Höger um die Bundestagskandidatur der „Linken“ - bei der sich dann aber Höger durchsetzte.

Bei der damaligen Abstimmung im Jahre 2013 erhielt Adler gegen die Kandida-

tin Höger nur schlappe 5 Stimmchen der 20anwesenden Parteigenossen. [Nach alter SED-Tradition wurde selbstverständlich zuvor erst einmal von Honneckers Erben die „Nicht-Öffentlichkeit“ hergestellt und deshalb unabhängige Pressevertreter aus dem Saal geworfen (NW 27.1.'13).] -

Leicht nach vollziehbar, dass Adler nun anlässlich der Höger'schen „Toilettenaffäre“ die Chance gekommen sah, sein Mütlein an der alten Rivalin zu kühlen und öffentliche Kritik an seiner Genossin zu üben.

*** Auch beim örtlichen Wahl-Parteitag der Linken (2015) tauchte nur die absolute Avantgarde der Löhner Arbeiterklasse auf: Neben Adler + Frau + Schwester waren nur 4 der insgesamt 22 wahlberechtigten Kadergenossen herbeigeeilt, um sich für Adlers Kür zum Löhner Bürgermeister-Kandidaten zu interessieren. Losgelöst von sämtlichen quantitativen Erwägungen (und von der Realität) diktierte der Führer des Löhner Proletariats der Presse dennoch kühn in die Feder: „Wir sind stärker, als es hier erscheint.“ (NW 22.4.'15)**

> **Das konkrete Wahlergebnis war sehr überschaubar: Bei der Bürgermeisterwahl am 13.9.'15 blieb Adler deutlich unter der vormaligen 5%-Radikalen-Hürde. Das schlechteste Ergebnis gab es dort, wo man ihn kennt: Löhne-Ort: Wahlkreis 19 = 2,66%**



Auch diese Planung ging in die Hose ...

Brockäckerweg wird zu Seenplatte



Sehr aufgebracht sind die Anlieger von Brockäckerweg und Wiesenstraße über die Art und Weise, wie die Umsetzung des Ausbaues ihrer Anwohnerstraßen in Ostscheid bisher erfolgte. Rund 70 Menschen waren gekommen, um vor Ort einigen Fraktionsmitgliedern der Bürger-Allianz, dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Hermann Ottensmeier, Rainer Kleimeyer (zuständig für den WBL-Betriebsausschusses), Georg Held (Mitglied des Bauausschusses) und Fraktionsmitglied Erich Maack ihre Klagen

anschaulich zu machen und die kritischen Einwendungen zu besprechen.

Ein wesentlicher Mangel liegt nach den Aussagen der betroffenen Bürger darin, dass es vor den Bauarbeiten keine Bürgerbeteiligung gab und die in Aussicht gestellte Veröffentlichung der Bauplanungen augenscheinlich komplett misslang: „Die Bauplanungen, die sich, wie uns versprochen, auf der städtischen Internetpräsenz wiederfinden sollten, spiegeln nur einen frühen, aber längst überholten Planungsstand wider,

sind überhaupt nicht identisch mit dem, was gegenwärtig umgesetzt und in Beton gegossen wird.“ so die Vorhaltungen.

Die LBA-Ratsmitglieder Georg Held, Rainer Kleimeyer und Dr. Hermann Ottensmeier zeigten sich erschüttert über die vorhandenen gravierenden Baumängel und die unzureichende Abstimmung der städtischen Baumaßnahmen mit den Bürgern. Sie sicherten den Bürgern zu, dass die Fraktion der Löhner-Bürger-Allianz die Bürgerbeschwerden alsbald beraten und aufnehmen werde, um die Interessen der Anlieger im Rat und den zuständigen Ausschüssen nachhaltig weiter zu verfolgen.

Erst bei den schon weit vorgedrungenen Bauarbeiten, so die Anwohner, hätten sich verschiedene gravierende Baufehler gezeigt. Die Rigolen, die in die Straße einge-

bracht wurden, um das anfallende Regenwasser direkt vor Ort versickern zu lassen, könnten diesen Zweck wegen baulicher Fehler mehrfach gar nicht oder nur unzureichend erfüllen. Das Straßengefälle an mehreren Stellen gehe komplett in die falsche Richtung, bringe das Regenwasser statt in die Rigolen auf die Anwohnergrundstücke.

Die Rigolen hätten die Zuläufe bisweilen an der falschen Seite, hätten schon jetzt in den fertig gestellten Straßenabschnitten mehrere Verkehrsunfälle ausgelöst. Sie seien für Fahrräder und Rollatoren lebensgefährliche Stolperfallen und würden an einigen Stellen überdies die ordnungsgemäße Zufahrt zu den Anliegergrundstücken verhindern.

Nachdem die beauftragte Baufirma bereits wieder einige abgeschlossene Pflasterungen

aufbrechen und verlegen musste, sei immer noch zu beobachten, dass die ordnungsgemäße Ableitung des Regenwassers einfach nicht funktioniere. Es bildeten sich auf der Straße kleine Teiche und verschiedentlich würden statt der Rigolen die Anwohnerzufahrten mit Regenwasser geflutet.

An einem für den Maisanbau genutzten Felde verhinderten die Rigolen gar komplett die Zufahrt der Erntemaschine bzw. des Mähreschers. Überdies würde der gepflasterte Bereich nicht der nutzungsbedingten Gewichtsbelastung standhalten können, so dass kurzfristige Ausprägungen von erheblichen Defekten an den Pflasterungen und dem Straßenbelag schon jetzt absehbar seien.

Die langen Schatten der Vergangenheit ...

Die „besondere“ Kompetenz Ulrich Adlers und der Linken bei der Flüchtlingsfrage

Die umgetaufte SED - heute Linke - hat ihr Herz für Flüchtlinge entdeckt! Solange die Genossen an der Macht waren, sah das noch anders aus.

Bis zum Ende des Sozialismus/Kommunismus in der DDR war die „SED“, 1946 entstanden aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD, die Staatspartei der 2. deutschen Diktatur von sowjetischen Gnaden. Nach der friedlichen Revolution von 1989 sah die Partei mehrfach die Notwendigkeit, ihren Namen zu ändern und benannte sich im Dezember '89 in „SED/PDS“.

Wenige Wochen später die nächste Neufirmierung: Im Februar 1990 wurde aus dem Parteinamen der erste Teil gestrichen, da er doch zu sehr an die brutale Unterdrückung der Bevölkerung, an Mauer und Stacheldraht erinnerte: Übrig blieb nun noch der Begriff „PDS“.

Einige Umtaufen:

Doch die verschiedenen Umtaufvorgänge reichten offenbar nicht aus, um gegenüber der Bevölkerung den Anschein einer neuen Partei zu erwecken. Sie gab sich im Juli 2005 den Namen „Linkspartei/PDS“.

Gegenwärtig, d.h. seit 2007, firmiert die Partei unter dem Begriff „die Linke“.

Hintergrund: Wäre es tatsächlich zu einer Auflösung der SED gekommen, hätte eine Neugründung nicht auf das zu DDR-Zeiten zusammengeraffte Millionen-Vermögen zurückgreifen können.

Gericht stellt fest: Linke = SED

In einem Prozess vor der Pressekammer des Berliner Landgerichts 2009 wurde eidesstattlich einer Aussage des Schatzmeisters

Karl Holluba festgehalten, dass die Partei „die Linke“ nach wie vor „rechtsidentisch mit der „SED“ ist. [Welt 29.4.'09]

In der Zeit ihrer politischen Macht war die SED Flüchtlingen gar nicht wohl gesonnen:

Da hieß die Parole: „Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten“.

Mit diesem Befehl wurden die DDR-Grenzsoldaten mit der Schusswaffe an den Todesstreifen geschickt. So wurde bei Fluchtversuchen regelmäßig scharf geschossen und immer wieder getötet.

Abschussprämie für Flüchtlinge

Selbst im sozialistischen Ausland honorierte die SED das „erfolgreiche“ Erschießen ihrer Bürger, also ostdeutscher Flüchtlinge, die dem Arbeiter- und Bauernparadies „Lebwohl“ sagen wollten, mit einer „Kopf“prämie jeweils von 8.000 Ost-Mark. [Mitteldt. Zeitung 15.8.'15]

Der zuständige Stasi-Minister Erich Mielke

heute:



Flüchtlinge schützen, nicht ertrinken lassen!

DIE LINKE.

vorher:



Flüchtlinge erschießen, nicht entkommen lassen!

DIE SED.

(SED) machte aus seiner menschenverachtenden Haltung keinen Hehl:

„Ich will euch überhaupt mal etwas sagen, Genossen“, so zu leitenden Mitarbeitern der Stasi im Ende April 1989, „wenn man schon schießt, dann muss man das so machen, dass der Betreffende nicht noch wekommt.“

Ergebnis: Weit über 600 Menschen wurden auf Weisung der SED abgeknallt.

Heute sieht sich die Ex-SED, auch deren Ratsmitglied Ulrich Adler, als liebevolle Förderer aller Flüchtlinge.

Welche Wandlung! Schon zu Zeiten der Morde an Mauer und Stacheldraht war Adler dem diktatorischem Regime lange Jahre als aktiver Parteifunktionär und Bundestagskandidat der von der DDR finanzierten und gesteuerten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) gesinnungsmäßig verbunden. Öffentliche Kritik an den Flüchtlingserschießungen des SED-Regimes

war von ihm nicht zu hören. Er arbeitete engagiert für die SED / PDS und ließ sich als Bundesbürger in der DDR schulen, um den bösen BRD-Kapitalismus zu bekämpfen und die Weltrevolution zu befördern.

Deutsche, die dem sozialistischen Terror entfliehen wollten, konnten seinerzeit nicht auf die Hilfe von Adler oder seinen roten Genossen zählen.

Der große Bluff mit dem Passiv-Haus ...

Im Rathaus kriegt man kalte Füße

Das Löhner Rathaus ist ein „Passiv-Haus“! Spötter meinten dazu, „Passivität“ sei im Löhner Rathaus keine gänzlich neue Erscheinung, habe sich in der Vergangenheit schon bei der Umsetzung von Bürgerwünschen, namentlich aber bei der Sanierung der Löhner Straßen und bei den Sparversuchen zur Beseitigung des riesigen städtischen Schuldenberges beobachten lassen.

Doch die 2014 zertifizierte Bezeichnung
»Qualitätsgeprüftes



Passivhaus« will nichts über die (fehlende) Regsamkeit der Verwaltung aussagen, sondern eine kostenschwere Gebäude- und Fassadensanierung beschreiben, die wegen kräftiger Dämmung weitgehend ohne den Verbrauch von Gas, Heizöl oder Strom auskommt. Kurzum: Im Löhner Rathaus soll mit Beamenschweiß geheizt werden.

So verwundert es nicht, dass sich sowohl Ex-Bürgermeister Heinz-Dieter Held als auch die maßgeblichen Verwaltungsmitarbeiter Matthias Krefit vom Bereich Immobilienwirtschaft sowie Baudezernent Wolfgang Helten kaum bergen konnten vor Begeisterung über ihr Werk und die diesbezügliche öffentliche Belobigung. Das Projekt habe, so heißt es, international für Aufsehen gesorgt.

Da kann leicht in Vergessenheit geraten, wie stark zwischen 2011 und 2013 die hohen Sanierungskosten ihren Beitrag zu weiterem Ansteigen der Löhner Millionen-Schulden beitrugen: Immerhin entstanden Gesamtkosten von rund 3,6 Millionen Euro. Rd. 1,9 Millionen € steuerte der Bund, 139.000 € das Land NRW bei.

Die Antwort auf entsprechende Einwendungen lautet regelmäßig: Das „rechnet sich“ - auf „lange Sicht“ - durch die gerin-

gen Kosten bei der Beschaffung von Gas und Strom. Doch wird leicht übersehen, dass angesichts der gegenwärtig günstigen Konditionen auf dem Gas/Strom-Markt die Netto-Einsparungen gar nicht sonderlich ins Gewicht fallen.

Matthias Krefit: »Erst eine luftdichte, hochwärmegedämmte Gebäudehülle sichert dauerhaften Komfort, beugt Bauschäden vor und bringt die sparsame Passivhauslüftung mit hocheffizienter Wärmerückgewinnung zum Tragen.« [LZ 25.6.'14]

Styropor als Teppich

So war ein Löhner Bürger als Kunde des innen- und runderneuerten Rathauses doch nicht schlecht verwundert, als er während der Beratung durch einen Mitarbeiter des Hauses verblüfft feststellt, dass jener nicht nur vor einem Schreibtisch und auf einem Drehstuhl saß, sondern zudem auf einer dicken weißen Styroporplatte thronte.

Der andauernde Verwaltungsakt bot dem Bürger etwas Zeit, in Ruhe über die Frage nachzudenken, wie das bürokratische Wirken durch Styroporplatten unter den Füßen des Amtsträgers befeuert werden könnte.

Doch - dem eigenen Gehirnschmalz war keine schlüssige Antwort zu entlocken. Auch das begrenzte Erinnerungsvermögen hatte im Kontext kommunaler Amtszimmer in der Vergangenheit zwar hin- und wieder den dort beheimateten Amtsschimmel beobachten können; allein - selbiger begnügte sich regelmäßig mit umfangreichem Aktenmaterial - kam aber ohne unterlegte Hartschaumplatten aus.

Schließlich konnte besagter Bürger seine Neugier nicht länger im Zaum halten: Er suchte kühn den direkten Weg, um das „Styropor-Rätsel“ zu lösen, und fragte schließlich den Beamten seines Vertrauens nach dem tieferen Grund für die weiße Masse unter dessen Füßen.

Nun öffnete sich mit Gewalt eine bisher mühsam verschlossene Schleuse, die leidvolle Erlebnisse im passiven Rathause preisgab:

In unzweideutigen Worten kam es heraus:

„Wir halten es hier kaum aus! Im Sommer ist es in der Amtsstube unerträglich heiß! Richtiges Lüften ist unmöglich.

Und der Winter ist es noch heftiger. Dann steigt eine derartige Kälte aus dem Beton, die uns Verwaltungsmitarbeitern passive und erstarrte Eisbeine beschert. Regelmäßige und zunehmende Krankschreibungen

von Mitarbeitern sind die Folge.“ so der städtische Mitarbeiter:

Einige Kollegen hätten schließlich zur Selbsthilfe gegriffen, den Weg in den benachbarten Baumarkt gewählt, um privat eine dicke Styroporplatte einzufliegen. Diese sollte - in Verbindung mit einem wärmenden Wintermantel, der guten Angora-Unterwäsche (Marke „Liebestöter“) und mit Hilfe von Ommas bewährten Stricksocken - ihren Beitrag zur Linderung der Einflüsse des frostigen Betonbodens auf das passive Arbeitsklima leisten und das Schlimmste verhindern.

Und weiter geht's:

„Unser Wärme- und Ober-Sanierungsspezialist Krefit hat nach langem Wehklagen der betroffenen Mitarbeiter dann schließlich (möglicherweise als Vorgriff auf das Weihnachtsfest) unweit der Zimmerdecke zusätzliche kleine Heizradiatoren einbauen lassen, um der Kältestrahlung zu begegnen.

Physik-Gesetze auch im Rathaus

Doch bedauerlicherweise stellt sich heraus, dass selbst im passiven Rathaus einige Gesetze der Physik gelten.“ Soll heißen, auch in den Verwaltungsstuben fällt die Wärme nicht nach unten an die kalten Füße, wo sie sehnlichst gewünscht wird, sondern die Wärme steigt - wie andern



Passiv-Haus und kalte Füße

Ortes auch - nach oben hinauf zur Zimmerdecke. Nach der Erfolglosigkeit dieser Aktionen, soll nun demnächst wieder gebohrt und gestemmt werden mit dem Ziel weitere - konventionelle - Heizkörper einzubauen, die möglicherweise nicht prämiert werden, auch kein internationales Aufsehen erregen, aber eventuell für ein bisschen Fußwärme sorgen.

Geheime Verschlussache

Wenn man erinnert, wie der Bürgermeister und die Seinen mit dem Rat und der Löhner Öffentlichkeit umzugehen pflegen (siehe die Ulenburg Affäre), verwundert es nicht,

dass das Hitze- und Kälte-Martyrium der Verwaltungsmitarbeiter im Rathaus bisher als geheime Verschlussache gehandhabt wird. Kein klärendes Wort an die Volksvertreter des Stadtrates. Wieder mal die Parole: Augen zu und durch!

Was bleibt, sind die Fragen:

- Wurde das passive Wunder-Rathaus zu Unrecht gelobt und ausgezeichnet?
- Ließen sich die viel befeierten Energiesparerfolge nur deshalb darstellen, weil die negativen Seiten des Projektes klammheimlich verborgen bzw. im Rathauskeller „eingeeist“ wurden?

- Müssen die Belobigungen, Preise und Ehrenzeichen sowie die einkassierten Zuschüsse schamvoll zurückgegeben werden, wenn die ganze Wahrheit (über die eingefrosteten Rathaus-Mitarbeiter) an die Öffentlichkeit dringt?
- Welche Kosten kommen dann schlussendlich auf den gebeutelten Steuerzahler zu?



SPD + CDU boxen durch: Dauerstau für Mennighüffen

Vertreter der LBA-Ratsfraktion trafen sich mit der „Anliegergemeinschaft Lübbecker Straße“, um vor Ort die Auswirkungen des geplanten Fachmarktcenters auf Mennighüffen zu diskutieren. Zahlreiche Anwohner und Geschäftsinhaber waren zum Ortstermin erschienen, um der LBA die negativen Auswirkungen der gegenwärtigen Planung zu verdeutlichen.

Ratsmitglied Rainer Kleimeyer, Vorsitzender der Orts-Allianz Mennighüffen, erläuterte den Standpunkt der Bürger-Allianz: „Solange keine überzeugende und einvernehmliche Lösung des Verkehrsproblems gefunden ist, wird die LBA den Bau des ohnehin überdimensionierten Fachmarktcenters ablehnen. Dessen ungeachtet wäre eine separate Erweiterung des Edeka-Otto-Marktes durchaus konsensfähig. Die aktuellen Verkehrsplanungen der Verwaltung

gefährden garvierend die Existenz und die Arbeitsplätze der benachbarten Geschäfte und Einzelhändler und führen auch für die Anwohner in der Nachbarschaft zu einer heftigen Verschlechterung ihrer Lebensqualität. Schon jetzt ist die Lübbecker Straße in Mennighüffen überlastet und für Fußgänger und Radfahrer zeitweilig kaum zu überqueren. Der PKW- und LKW-Verkehr steigt hier insgesamt weiter an, wozu auch das neue interkommunale Gewerbegebiet Halstern / Tengern noch erheblich beitragen wird. Der zusätzliche Verkehr der zahlreichen Geschäfte des geplanten Fachmarktcenters würde „das Fass völlig überlaufen“ lassen. Auch in Verbindung mit einer weiteren Ampelanlage wäre ein Verkehrsinfarkt in Mennighüffen die unausweichliche Folge.“

Georg Held, Mitglied des städtischen Bauausschusses, regte an, bei der Unter-

suchung von Verkehrslösungen auch das Gelände der Firma Knübel mit in die Erwägungen einzubeziehen. Es könne nicht angehen, dass der hauptsächliche Profiteur der Erweiterungspläne sein eigenes Grundstück außen vorlassen möchte und stattdessen seine Ziele auf Kosten der Nachbarschaft durchsetzen wolle. Georg Held: „Ich befürchte zudem, dass bei der Umsetzung der aktuellen Planungen die schon jetzt große Anzahl der Leerstände weiter in die Höhe schießen wird.“



Georg Held, LBA

Protest gegen Fachmarktzentrum Mennighüffen



SPD, CDU und FDP stimmen Bebauungsplan zum Mennighüffer Einkaufszentrum (MEC) zu

Mit dem Ratsbeschuß am 28.05.2015 zum Bebauungsplan und Änderung des Flächennutzungsplanes wird das Mennighüffer-Verkehrchaos durch das neue Fachmarktzentrum endgültig besiegelt!

Seit Jahren nun wird über das Projekt des Investors Philip Knübel im Ortszentrum von Mennighüffen heftig diskutiert. Während die CDU von Anfang an – ganz im Sinne der wirtschaftlichen Interessen der Investoren – das Projekt euphorisch begrüßte und die SPD das Mammutprojekt als „Chance für den Ortsteil Mennighüffen“ ausmachte, stand einzig die Löhner-Bürger-Allianz (LBA) dem geplanten Einkaufszentrum skeptisch gegenüber.

Die Argumente der LBA waren und sind stichhaltig, so Eberhard Viering:

- Ein derartiges Fachmarktzentrum passt verkehrstechnisch überhaupt nicht in eine Umgebung, in der sich Kindergarten, Grundschule, Gesamtschule, Kirche und Friedhof, sowie ein Altenheim und mehrere seniorengerechte Wohnungen befinden.
- Der Charakter des Mennighüffener Ortskernes werde sich drastisch ändern: Durch Einbindung der Filialisten (u.a. Aldi) würden nicht nur verstärkt ortsfremde Besucher erwartet, auch die historisch gewachsenen Einzelhandelsstruktur in Mennighüffen müsse sich auf einen harten und schmerzlichen Verdrängungswettbewerb einstellen. Die LBA befürchtet ein weiteres irreparables Sterben des Mennighüffener Einzelhandels und neue, zusätzliche Leerstände.

- Die problematische Verkehrssituation auf der Lübbecke Straße wird sich weiter zuspitzen. Bereits jetzt ergibt sich eine Verkehrsbelastung von 13.000 Fahrzeugen in diesem Bereich. Dazu kommen die PKW, die zum neuen Fachmarktzentrum kommen und - wenn das neue interkommunale Gewerbegebiet Löhne/Hüllhorst in Betrieb ist - ein erheblicher, zusätzlicher Schwerlast- und Berufsverkehr.

- Durch die geplanten Linksabbieger Spuren und die Ampel gehen zahlreiche Stellplätze auf der östlichen Seite der Lübbecke Str. verloren. Einige Geschäfte, u.a. Optiker Karl-Friedrich Koblenz, fürchten zu Recht um ihre Existenz.

Schon bald bemerkte auch die heimische SPD den Widerstand und die wachsende Kritik in der Bevölkerung und stellte die Verkehrsproblematik öffentlichkeitswirksam in den Vordergrund. So schrieb am 6. Februar 2014 der SPD-Fraktionschef Wolfgang Böhm in der Presse: „Wir wollen eine bessere, akzeptable Verkehrslösung für die Erschließung. Gerade die Bedürfnisse der anliegenden Geschäftsleute nach Parkraum und die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer müssen in jede Planung unbedingt einfließen“.

„Wir kümmern uns“ – so das fürsorgliche Rundum-Versprechen des SPD –Chefs. Sogleich wurde ein „Profi“, ein pensionierter Fachplaner beim Landesamt Straßen NRW, zurate gezogen, ein Konzept erstellt, presswirksam in Szene gesetzt, um dann im Herbst 2014 in den politischen Gremien sang- und klanglos begraben zu werden.

Und so hat die SPD entgegen aller Beteuerungen unisono mit der CDU den Weg frei gemacht für ein weiteres Einkaufszentrum in unserer Stadt. Auf 4.700 qm wird der Neukauf mit 1.800 qm größter Mieter sein. Danach folgen ein Aldi-Markt mit 1.000 qm und der Drogerie-Markt Rossmann mit 750 qm. Weitere Mieter sind: Takko (500 Quadratmeter), K+K Schuhe (500 Quadratmeter) und Ernsting's Family (250 Quadratmeter). Eine Fläche (250 Quadratmeter) hat noch keinen Nutzer. Sie könnte Platz für einen Friseur oder einen anderen Dienstleister bieten. Auf dem Gelände entstehen 270 Parkplätze.

Für alle Anwohner der Lübbecke Straße, die sich neben den zu erwartenden Staus auch noch Sorgen um eine eventuelle zusätzliche Lärmbelastung machen, sei an dieser Stelle der erfreuliche Hinweis angebracht: Der Investor Knübel selbst hat dieses Problem erkannt und zugleich (angeblich) eine Lösung gefunden: „Die Geschäfte dürfen nicht zwischen 22.00 und 6.00 Uhr beliefert werden und nur bis 21.45 Uhr geöffnet sein“. Na also, was wollen wir mehr...

Bevölkerungskritik am SPD/CDU Beschluss



Ihre Ansprechpartner in Mennighüffen



Eberhard Viering, LBA



Rainer Kleimeyer, LBA

LBA fordert bessere Bedingungen: „Gohfeld muss bald ein neues Feuerwehrgebäude haben!“

„Die Feuerwehr Gohfeld muss baldmöglichst einen Neubau haben. Die diesbezüglichen Planungen müssen nach Überzeugung der Bürger-Allianz mit Nachdruck vorangetrieben werden. Eine unnötige Verzögerung wäre gänzlich kontraproduktiv und dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht zuzumuten.“ So die einstimmige Einschätzung, die die Vertreter des Arbeitskreises „Sicherheit“ der LBA-Ratsfraktion bei ihrem Ortstermin im alten Gohfelder Feuerwehrhaus am Libellenweg gewannen.

Löschgruppenführer Reinhard Sieker gab den Fraktions-Mitgliedern der LBA einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort. Obwohl die innere Struktur des Gerätehauses

als auch die äußere Situation entsprechen nicht mehr den Erfordernissen des jüngsten Brandschutzbedarfsplanes.

Ratsmitglied Rainer Kleimeyer sprach sich mit Nachdruck dafür aus, einen neuen Feuerwehrstandort zu finden, der stärker im Zentrum von Gohfeld liegt, den Großfahrzeugen der Feuerwehr angemessene Ab- und Zufahrtsmöglichkeiten bietet und insbesondere der geplanten organisatorischen Zusammenarbeit der Löschgruppen Wittel und Gohfeld Rechnung trägt. „Die Schnelligkeit der Feuerwehreinsatztruppen ist mit Blick auf die Sicherheit der Löhner Bürger schlichtweg der entscheidende Faktor!“ so LBA-Ratsmitglied Georg Held.



Unser Foto zeigt (von links): LBA-Ratsmitglied Georg Held, Fraktionsmitglied Tom Jenzen, Löschgruppenführer Reinhard Sieker und Rainer Kleimeyer, stellvertretender Vorsitzender der LBA-Ratsfraktion

Dafür gibt's kein Geld im Rathaus:

Dahlienstraße soll Flickenteppich bleiben?

Sehr unzufrieden sind die Anwohner des Heckenweges und der Dahlienstraße mit der Wiederherstellung ihrer Anwohnerstraßen. Vorgegangen waren Kanalbauarbeiten durch die Wirtschaftsbetriebe Löhne. Doch nach Beendigung dieser Arbeiten wurden die betroffenen Straßen nur unzureichend wieder saniert. Anstelle einer geschlossenen Teerdecke, wie sie auch vor den Arbeiten bestand, sind die Straßen jetzt in einem wesentlich schlechteren Zustand: Die Kanten sind nicht vernünftig abgeschlossen, tiefe Löcher nehmen schon bei leichten Regenfällen Wasserpfützen auf. Selbst die nicht aufgebrochenen Teile des Asphalt sind zerrissen und werden spätestens beim nächsten Frost völlig zerstört, so die betroffenen Anwohner. Sie befürchten, dass dann zusätzliche Probleme mit weiteren Schlaglöchern auftauchen. Das Regenwasser läuft im Bereich der zu hoch angelegten Gullys nicht in den Kanal; die Pfützen bleiben. LBA-Ratsmitglied Georg Held, der auch im Bauausschuss vertreten ist, machte sich vor Ort ein Bild von der mangelhaften Wiederherstellung der Straßen. Im Gespräch äußerten die Nachbarn wenig Verständnis für die Weigerung der WBL-Mitarbeiter, die vormalige Straßenqualität mit einer löcherfreien, ebenen Teerdecke wieder herzustellen.

Nach gründlicher Prüfung sicherte Georg Held zu, dass die Löhner-Bürger-Allianz diese Flickschusterei zur Klärung in die parlamentarischen Gremien einbringen wird. Die LBA-Ratsfraktion beantrage, so Georg Held, alsbald die WBL zu beauftragen, den berechtigten Forderungen der

Anwohner zu entsprechen und eine gelungene Straßensanierung zu vollziehen. Dies müsse auch ohne einen kompletten Endausbau mit zusätzlichen Kosten für die Anwohner möglich sein.

Unser Foto zeigt (von links): Hannes und Sebastian Gemmel, LBA-Ratsmitglied Georg Held, Gabriele Kamswich, Achim Petruscha, Eva Petruscha, Dorothee Floetotto-Schraeder und Tanja Gemmel.



Das verquere Denken der Silke Glander-W.

Es ist schon ein starkes Stück der Wortverdrehung und Demagogie, was sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende Silke Glander-Wehmeier da leistete. Die LBA setzt sich für Toleranz und demokratisches Miteinander ein, fordert die Jesiden angesichts der Ulenburg-Übernahme auf, sich endlich von Gewaltanwendung und rassistischer Abschottung loszusagen, und Frau Glander-W. deutet dieses als böse „Hetzerei“ [NW 29.4.'15].

Aufarbeitung von Gewalt

Der Bürger-Allianz ist bekannt, dass die Auseinandersetzung mit Gewalttaten und Rassismus nicht bei allen Menschen auf Zustimmung stößt. Damit war zu rechnen.

Doch mit der deutschen Geschichte, insbesondere mit Blick auf die Untaten des Nationalsozialismus' verbindet die Bürger-Allianz eben die Verpflichtung, die kriminellen Machenschaften offen anzusprechen, aufzuarbeiten und nicht wegzuschauen oder Gewalttaten gar verschämt zu leugnen.

Kritik an Gewalt = Hetzerei?

Selbst die grüne Partei von Frau Glander-W. hat sich ja auch nach langem Hin und Her schließlich dazu drängen lassen, unter dem Druck der Öffentlichkeit einige dunkle Seiten der eigenen Partei-

geschichte, wie z.B. den grünen Kampf für die Legalisierung der Pädophilie, kritisch aufzuarbeiten. (siehe Seite 15) Doch hier schweigen die Löhner Grünen und auch Frau Glander-W.. Da kommt kein Sterbenswörtchen der Distanzierung. Die LBA fragt die Fraktionsvorsitzende der Grünen: Warum sollte die Aufarbeitung der jesidischen Gewalt nicht sinnvoll sein, Frau Glander-W.?

Keine Distanzierung!

Warum müssen deren Gewalttaten im Rahmen des Multikulti-Dogmas mit dem Mantel des Schweigens bedeckt werden? Das erinnert doch stark an die dunkle Phase der deutschen Geschichte, als man die Gewalttaten z.B. an Juden und Schwerkranken auch nicht wahrhaben wollte und das Schweigen und Wegschauen das Gebot der Stunde waren. Selbst nach 1945 wollten viele die nationalsozialistischen Verbrechen nicht aufarbeiten.

Und auch bei den Jesiden ist so einiges aufzuarbeiten! (siehe Kasten) Es hilft nicht weiter, es ist unehrlich, als Reaktion auf die jesidischen Gewalttaten wahrheitswidrig zu behaupten, die familiären Ehrenmorde an Arzu Özmen in Detmold und Souzan Barakat aus Stolzenau, die sich aus der jesidischen Gemeinschaft entfernen wollten, seien untypische Einzelfälle, die gar nichts über die grundsätzliche Gewaltbereitschaft der Mitglieder der Jesidischen Gemeinschaft zu tun hätten.

Keine Einzelfälle!

Erst vor wenigen Monaten wurden zwei jesidische Frauen aus Niedersachsen, die nicht in ihrer Stammesgemeinschaft verbleiben, sondern zum Christentum übertreten wollten, deshalb von



ihren Angehörigen brutal ermordet. Gleichermaßen ist bekannt, dass erst vor kurzer Frist nicht nur in Herford, sondern auch in Celle und anderen deutschen Städten, Jesiden und Anhänger des Islams in Massenschlägereien verwickelt waren, die nur mit massivem Polizeieinsatz beendet werden konnten. Wenig später stand ein Jeside aus Bad Salzuflen vor Gericht, weil er mit einem anderen Jesiden einen Brandanschlag auf eine Moschee verübt hat, was auch in anderen Städten des Landes zu beobachten war. **Sind dies alles „harmlose Zufälle“, die nicht angesprochen werden dürfen, deren Aufarbeitung unakzeptabel wäre, Frau Glander-W.? Wir meinen, eine Willkommenskultur - auch gegenüber den Jesiden - setzt Vertrauen voraus. Und Vertrauen ist ohne Offenheit und Ehrlichkeit nicht zu haben. Deshalb ist das gewünschte Totschweigen der jesidischen Gewalt keine Lösung, die uns überzeugt, selbst wenn die Grünen dies für den richtigen Weg halten. - Deshalb wollen wir, die LBA, ein klares Wort der Jesiden zur Gewaltfrage, also einen erklärten vollständigen Gewaltverzicht!**

Ein solcher Gewaltverzicht fehlt leider bis zum heutigen Tage! Warum wohl???

Der Tod von Arzu Özmen:

Richter: „Mord mit Ansage“

Arzu Özmen war eine 18 jährige Jesidin, die von ihrer Familie im Rahmen eines sogenannten Ehrenmordes in der Nacht des 1. 11. 2011 gemeinschaftlich umgebracht wurde. Zuvor wurde sie von ihren fünf Geschwistern gewaltsam entführt und dann von ihrem Lieblings-Bruder Osman durch zwei Kopfschüsse umgebracht.

Ihre Familie legte ihr zur Last, dass sie einen Freund außerhalb der jesidischen Gemeinschaft hatte, den 23-jährigen russ-

landdeutschen Bäckergehilfen Alexander K.; weiter wurde ihr vorgeworfen, dass sie diese Beziehung nicht aufgeben wollte. Deshalb musste sie sterben.

Am 16. Mai 2012 verurteilte das Landgericht Detmold Osman Özmen zu einer lebenslangen Haftstrafe. Die Brüder Kirer und Sirin Özmen wurden wegen Geiselnahme sowie Beihilfe zum Mord zu einer 10jährigen Haftstrafe verurteilt. Kemal Özmen geht, ebenso wie der Bruder Elvis, wegen Geiselnahme für Jahre ins Gefängnis.

Richter Michael Reineke stellte in der Urteilsbegründung fest: „Arzu ist von ihrem Bruder mit zwei Kopfschüssen hingerichtet worden. Das war ein Mord mit Ansage, es ging nicht darum, ihr den Kopf zu waschen. Der Fall Arzu ist keine innerfamiliäre Streitigkeit, es war ein Ehrenmord, nichts anderes.“ [Westfalen-Blatt 17. 5.'12, Bild 16.5.'12, Lippische-Landeszeitung, 28. Januar 2013]



Der Tod der Souzan Bakarar:

Bluttat auf offener Straße

Auf offener Straße erschoss der Jeside Ali Askar Barakat aus Stolzenau seine erst 13-jährige Tochter Souzan.

Was war der Grund für diese Tat? Ihre Freundinnen aus der Klasse 5 b, die zum Gedenken am Straßenrand zwischen Blumen, Teddybären und Abschiedsbriefen für sie Kerzen anzündeten, sind sich sicher: „Souzan wollte mehr Freiheit. Dafür ist sie gestorben.“

Voran gegangen war der Bluttat eine Aussprache zwischen Souzan und ihrer Familie. Souzan wollte nicht länger in der Familie leben und lebte seit einigen Wochen in einem vom Jugendamt betreuten Heim.

Mit einem Brief hatte der 35jährige Vater seine Tochter zum Gespräch gelockt:

„Guten Tag, liebe Tochter Souzan, es ist sehr lange her, dass wir miteinander gesprochen haben. Ob wir es wollen oder nicht, wir sind eben deine Eltern, und du bist unsere Tochter. Nun haben wir verstanden, dass wir einige Fehler dir gegenüber gemacht haben; einer davon ist, dass wir nicht mit dir gesprochen haben. Wir würden uns freuen, wenn du weitere Dinge sagen würdest, wo und wie die Dinge falsch zwischen uns gelaufen sind. Wir sind keine Richter oder Richterin und keine Polizei; wir sind deine Eltern.“

Bei der Aussprache kam es zu keiner Einigung. Die 13-Jährige wollte mit ihrer Mutter gerade in ein Auto steigen, als der Vater eine Pistole zog und sechs Mal schoss in Kopf und Oberkörper, bis seine Tochter tot auf der Straßen lag.

Vor der Tat: Juristische Prüfung

Laut NDR soll der 35-Jährige Jeside im Vorfeld einen befreundeten Anwalt nach dem möglichen Strafmaß für eine solche Tat gefragt haben.

[Welt 08.12.'11; Bild 10.12.'11, Hann.Allgem.Zeitung 06.12.2011]

Der rot-grüne Spartrick

Land NRW spart bei Sonderschülern durch „Inklusion“

Die rot-grüne Landesregierung von NRW will bei der Betreuung der Sonderschüler Geld einsparen. Die Löhner Sonderschule, die „Werretalschule“, läuft deshalb ersatzlos aus.

Unter der Begrifflichkeit „Inklusion“ sollen die Sonderschüler an den allgemeinbildenden Schulen aufgenommen werden. Doch die vom Land zugesagten und notwendigen zusätzlichen Betreuungskräfte bleiben aus. Die sachkundigen Bürger der LBA, Irene Gabriel und Peter Weidenbörner, kritisieren, dass die aufnehmenden Schulen mit

dieser Problematik allein gelassen werden. Die Verlagerung der Städtischen Realschule in das Hauptschulgebäude in Löhne-Ort erfordert Sanierungskosten von ca. 1 Million €. An der Städtischen Realschule soll in diesem Schuljahr eine Mehrklasse eingerichtet werden.

Durch die Aufgabe der Gebäude von Werretal-Schule und Grundschule Löhne-Bhf. will die Stadt im Gegenzug rd. 400.000 € einsparen. Doch wurde die Verlagerung der Grundschule in das Gebäude der

Realschule an der Königstraße noch nicht endgültig beschlossen. Die Kosten für den Umbau des Gymnasium werden auf rd. 2 Millionen € geschätzt. [SchulA 25.3.'15]



Peter Weidenbörner



Irene Gabriel

IMPRESSUM:

v.i.S.d.P.: Dr. phil. Hermann Ottensmeier, Vorsitzender der LBA-Ratsfraktion, Schierholzstraße 149, 32584 Löhne, LBA-Geschäftsstelle: 05732 / 2771
Die LBA-Zeitung „Werrebote“ erscheint periodisch als kostenlose Verteilzeitung für alle Löhner Haushalte in einer Auflage von über 18.000 Stück.
Sämtliche Ausgaben lassen sich auf der Startseite des Internet-Auftrittes „buenger-allianz.de“ nachlesen und herunterladen. Auf Wunsch veröffentlichen wir auch Anzeigen.
Ansprechpartner für Anzeigen ist die LBA-Geschäftsstelle, Ruf: 2771

„Kritik an Hermes ? Das war gestern!“

GRÜNE fallen Hermes-Gegnern mit Wortbruch in den Rücken



„Wir werden keine Koalition eingehen“

So die klare Botschaft der grünen Fraktionsvorsitzenden Silke Glander-W. noch am Wahlabend, als die Grünen – in gleicher Stärke wie die Löhner-Bürger-Allianz – mit vier Sitzen in den Löhner Stadtrat einzog. [LZ 27.5.'14] Als Begründung verwies sie darauf, dass ihre Fraktion nach wie vor gegen die durch Hermes bedingte Flächenversiegelung sei.

Doch der Weg zur Hölle ist bekanntlich mit guten Vorsätzen gepflastert. So auch hier.

Kurswechsel schon nach 6 Monaten

Ein halbes Jahr später, anlässlich der nächsten Haushaltsberatungen, ließ sich schon deutlich erkennen, wie die grüne Realität der Prinzipientreue und parteipolitischen Neutralität tatsächlich aussieht und in welche Richtung ihre zukünftige (Um-)Fallrichtung gehen würde.

Als „Morgengabe“ für das neue rot-grüne Rathausbündnis stellte die grüne Ratsfraktion in der Ratssitzung [17.12.'14] jede Kritik am Hermes-Logistik-Zentrum komplett ein und stimmt stattdessen für den SPD-Haushalt und die Hermes-Ansiedlungsmaßnahmen.

Im Rahmen der grünen 180-Grad-Kehrtwende waren die Grünen auch ohne jegliche Einschränkung - und natürlich auch ohne Begründung fürs erstaunte Wählervolk - für sämtliche Infrastrukturmaßnahmen, die den Bau des Hermes-Logistik-Ungetüm im Mahner Feld überhaupt erst möglich machen. Selbst die immer weiter ansteigenden Kosten für die diesbezüglichen Zuwegungen, noch kurz vor der Kommunalwahl von den Grünen heftig kritisiert, wurden jetzt von den Grünen „tapfer“ mitgetragen:

Hermes fordert aktuell, die spätere Zufahrtsstraße für seinen intensiven Logistik-LKW-Verkehr komplett neu zu bauen, was den Schuldenhaushalt Löhne selbstredend weiter belasten wird.

Die Pro-Hermes-Koalition – nun einschließlich der grünen Umfaller, die klammheimlich die Fronten wechselten – schlug die Hacken zusammen und nickte den Wunsch der Hermes-Oberen unterwürfig ab. Eine besondere Pikanterie am Rande: Die Stadt Löhne geht finanziell so auf Grundeis, dass sie die Hermes-Forderung nach dem Straßenneubau nicht zahlen kann, also wurde vorsichtig bei Hermes nachgefragt, ob die Logistik-Firma wenigstens einen Teil der geforderten Straße „mitfinanzieren“ könne. Und tatsächlich - Hermes ist großzügig: Hermes ist bereit, der Stadt rund 800.000 € für diesen Zweck leihweise zur Verfügung zu stellen. Den Rest trägt Löhne allein. Und zurückgezahlt werden muss die Leihsumme an Hermes natürlich auch. Auch die grüne Ratsfraktion von Frau Glander-W. ist damit zufrieden.

Nicht einmal der Verlauf der Planungsausschusssitzung vom 18. 6. '15 konnte die Grünen von ihrem Wechsel zur Pro-Hermes-Koalition abhalten, obgleich es hier nochmal ganz dicke kam:

- Wie von der LBA befürchtet, kam nun heraus: Der Anschluss des „Hermes“-Gewerbegebietes „Unterer Hellweg“

an die Autobahn kommt viel später als zugesagt, und der bereits versprochene Lärmschutz an der Autobahn ist wieder fraglich geworden.

- Planungsamtsleiter Wolfgang Helten musste weiter beichten: Entgegen einer schriftlichen Zusage hat „Straßen NRW“ doch nicht hinreichend personelle Kapazitäten, um das Projekt selbst durchzuführen. - Bei der Durchsetzung des Hermes-Logistikzentrums war den Gohfelder Bürgern vor der Kommunalwahl 2014 vom Bürgermeister, dem Planungsamt sowie von SPD + CDU versprochen worden, durch eine schnelle Anbindung des „Großen Kampes“ an die Autobahn würde Gohfeld nicht übermäßig durch den Hermes-LKW-Verkehr belastet. -
- Die nächste von Hermes-Gegnern längst erwartete Hiobsbotschaft: Der Ausbau der Knickstraße ist auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben worden. Die zahlreichen Fotos und Statements der Bundes- und Landtagsabgeordneten hatten null Wirkung und sind nur fürs Poesiealbum.
- Die Baumaßnahme am Scheidkamp ist doch noch lauter und dreckiger als schon befürchtet.



Propagandalüge

- Wie von der LBA schon seit langer Zeit festgestellt, ist die Behauptung von „1000 Jobs für Löhne“ nur eine Propaganda-Lüge gewesen. Das Gegenteil lässt sich aber genau beobachten. Stück für Stück werden bei Hermes-Arbeitsplätze abgebaut. Die Kündigungen sich schon raus geschickt. Die Rationalisierung durch das hochautomatisierte Logistik-Monster wird die phantasierte Arbeitsplatz-Blase endgültig zerplatzen lassen.

Keine Gewerbesteuer

- Eines hat sich selbstverständlich nicht verändert: Löhne wird von Hermes-Gewerbesteuer nicht das Schwarze unter den Nägeln bekommen, der Löwenanteil geht nach Hamburg.

Nichts von alledem konnte die Löhner Grünen zu einer kritischen Stellungnahme hinreißen.

Doch auch im Hinblick auf die Wahlen des Jahres 2015 kuschelten sich die beiden grünen Ratsehepaare bei der großen SPD an. Wenige Monate nach den kecken Worten von der politischen Unabhängigkeit am Kommunalwahlabend tut Frau Glander-W. exakt das Gegenteil.

SPD: „Grüne bei Fuß“

Sowohl der Landratskandidat der SPD als auch der Bürgermeisterkandidat der SPD wurde mit Unterstützung von den Grünen auf den Schild gehoben. Zudem verzichten die örtlichen Grünen auf eine eigene Kandidatur mit der erklärten Zielsetzung, den

SPD-Kandidaten ins Amt zu befördern.

Die Belohnung folgte auf dem Fuß: Als freundliches „Dankschön“ durfte sich Frau Gander-W. dann zusammen mit den beiden SPD-Kandidaten, dem SPD-Partei- und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden sowie der SPD-Landtagsabgeordneten zum sozialdemokratischen Gruppenbild gesellen. [NW 23.4.'15] Auch auf die SPD-Wahlplakate durften die Grünen ihre „Duftmarke“ in Form eines Aufklebers setzen. (siehe Bild)



Diskutieren Sie mit auf Facebook unter **Löhner Bürger Allianz**

Abschied vom Extremismus:

Werden Adler und Genossen die Chance nutzen?

Seit Jahren gibt es in Nordrhein-Westfalen Aussteiger-Programme für Rechtsradikale und Islamisten. Das ist richtig und sinnvoll!

Diese Programme leisten einen sinnvollen Beitrag, Menschen, die extremistischen Rattenfängern und ihren totalitären Konzepten auf den Leim gegangen sind, für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft (zurück) zu gewinnen.“ so Stadtratmitglied Günter Schlüter. „Deshalb beantragt die LBA – Fraktion einen Beschluss des Stadtrates, dass auch vor Ort Linksradikalen Ausstiegsmöglichkeiten geboten werden.“

Der Stadtrat soll nach dem Willen der Bürger-Allianz das Land NRW auffordern, neben den Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten auch passende Aussteigerprogramme für Linksextremisten anzubieten.



Ulrich Adler, Linke

Günter Schlüter führt an: „Der linksextremistische Überfall und die Gewalttaten, die unlängst bei der Ausbildungsplatzbörse



„Step One“ auf der Aqua Magica zu beobachten waren, unterstreichen deutlich, dass es fahrlässig wäre, politisch einseitig bei linkem Totalitarismus wegzuschauen, und sich stattdessen nur um die Anhänger der ersten deutschen Diktatur zu mühen.“ Die bisher vorhandenen Landes-Aussteiger-Programme könnten den häufig überforderten Angehörigen und Freunden kundigen Rat, Hilfe und konkrete Unterstützung bieten. Schlüter moniert jedoch:

NRW: politische Einäugigkeit

„Im Gegensatz zur Bundesebene, wo Aussteigerkonzepte sowohl für alle Spielarten

des Links- wie auch für Rechtsextremismus angeboten werden, fehlen auf Landesebene solche Möglichkeiten für Linksradikale gänzlich, also keine Hilfe für die Anhänger der zweiten deutschen Diktatur und ihre Familien. Dies läuft absurderweise auf eine Bevorzugung von Anhängern der nationalsozialistischen Ideologie hinaus. So etwas ist politische Einäugigkeit und kann auf keinen Fall im Sinne eines Rechtsstaates sein, der sich zum Beispiel mit dem vorhandenen Verbot von NSDAP, dem Verbot der SRP (rechtsradikale Gründung) und der KPD (Vorläuferin von Linke + DKP) als kämpferische Demokratie die Auseinandersetzung mit jeder Form von Totalitarismus auf seine Fahnen geschrieben hat. Hier muss die rot-grüne Landesregierung

dringend nachbessern. - Auch Menschen, wie der langjährige Kommunist Ulrich Adler, müssen eine Chance haben, sich von ihrer Verblendung zu emanzipieren.“



Günther Schlüter, LBA

Weshalb der „Wittekindshof“ das Jesidenzentrum in die Ulenburg brachte!

„Multikulti“ – die neue

Frohe Botschaft

Es gab eine Zeit, als zwischen der Bevölkerung des minden-ravensberger Landes, insbesondere südlich des Wiehengebirges, und dem Wittekindshof eine besonders herzliche und intensive Beziehung herrschte.

Entstanden war der Wittekindshof wie auch andere diakonische Einrichtungen (Johanneswerk, Bethel, Gotteshütte u.a.) aus der protestantischen Erweckungsbewegung im 19. Jahrhundert. Die heimische, überwiegend evangelische Bevölkerung respektierte die daselbst im Angesichte Gottes geleistete Arbeit an den Kranken und Behinderten sehr und griff auch in schweren Zeiten gern ins private Säckel, um die geleistete Arbeit der tätigen Nächstenliebe nach Kräften mitzutragen.

Über lange Jahrzehnte finanzierten sich diese diakonischen Einrichtungen in ihren Anfängen gänzlich staatsunabhängig ausschließlich über private Spenden, was ohne eine gegenseitige Wertschätzung und intensive Nähe von Gebern und christlichen Empfängern undenkbar gewesen wäre. Kleine und große mildtätige Schenkungen, Gottesdienstkollekten und private Testamente wurden gern diesen protestantischen Einrichtungen zudedacht. Auf diesem Wege kam auch die Ulenburg mit Gebäuden und Ländereien an den Wittekindshof, der sie jahrzehntelang im Sinne der christlichen Vorbesitzer nutzte.

Diese Zeit stand unter der Forderung des Apostel Paulus in seinem Brief an die Galater [6, Vers 10] „Lasset uns Gutes an jedermann tun, allermeist aber an des Glaubens Genossen!“

Spätestens seit dem Februar 2015 ist diese Zeit endgültig vorbei! Der Wittekindshof hat einen dicken Schlussstrich unter seine Geschichte gezogen.

Jetzt meint er, er könne auf die Zuwendung der christlichen Bevölkerung pfeifen und deren Interessen kalt lächelnd ins Gesicht schlagen.

Christliche Formeln sind nun zu Leerformeln verkommen, die bestenfalls noch bei erbaulichen Sonntagsreden abgespult werden. Ansonsten wird das Heil nicht mehr in Jesus Christus, sondern im Zeitgeist der aktuellen rotgrünen Multikulti-Ideologie gesucht.

Dabei wird von den Wittekindshof-Funktionären Hackenberg und Konsorten ungerührt in Kauf genommen, dass die Bevorzugung der heidnischen Jesiden beim Ulenburg-Kauf für den Wittekindshof zu finanzielle Einbußen in erheblicher Höhe führte.

Aber man ist ja nicht so drauf angewiesen! Die kirchlichen Kollekten fließen ungebremst weiter! Und das fürstliche Salär der Vorstände Hackenberg und Starnitzke wird dadurch nicht beschnitten. Für die Multikulti-Ideologie (der beiden Herren) müssen eben - andere - Opfer bringen.

Nur vor diesem Hintergrund lässt sich die Kaltschnäuzigkeit erklären, zu der offenbar nur Pseudo-Gottesmänner in der Lage sind, die glauben, ihre konkreten schädigende Verhaltensweisen hinter mildem Lächeln und ihrem priesterlichen Rock verbergen zu können.

Mit einer beeindruckenden Schäbigkeit und Hemmungslosigkeit gelang es Dieter Hackenberg, zusammen mit Dierk Starnitzke, dem Chef der „Diakonischen Stiftung Wittekindshof“, im Vorfeld der Ratsitzung vom 18.2.'15 mit dem Verkauf der Ulenburg zum Jesidenzentrum vollendete Tatsachen zu schaffen. Bis dahin wurden Nebelkerzen gezündet und die anderen Interessenten an der Nase herumgeführt. Die Interessen der Löhner Bevölkerung, die Meinung des Stadtrates interessierten Hackenberg einen feuchten Kehricht und wurden mit einem frechen Schreiben abgegebelt:

Der dürre Extrakt des Schreibens:

1. Eingangs stellt Hackenberg trocken fest: Der Zug ist abgefahren, der Vertrag wurde am 30.1.'15 unterschrieben.
2. Dann: Das Schloss sei der Stadt Löhne noch am 6.8.'14 angeboten worden, doch der Rat habe nicht zugegriffen. - (Tatsächlich wurde das Angebot, wenn es denn ein solches gab, dem Rat nicht vom Bürgermeister zur Kenntnis gebracht oder zur Entscheidung vorgelegt.) Vielmehr habe Bürgermeister Held, so Hackenberg, am 14.11.'14 erklärt, die Stadt Löhne habe kein Interesse am Erwerb der Ulenburg.
3. Hackenberg weiter: Es gibt im Zusammenhang mit dem Verkauf keine „schriftliche Zusage über eine zukünftige öffentliche Nutzung“. Sie liegt nicht vor und wurde auch nicht verlangt. - Er rät, darum könne sich ja der „Freundeskreis“ bemühen. [Dieser hat mittlerweile resigniert und sich aufgelöst.]
4. Hackenberg empfiehlt, wenn man die Jesiden diesbezüglich geneigt machen wolle, gebe es ja die Möglichkeit, dass die Stadt auf Steuern und Abgaben verzichte und sich die Stadt bzw. der Freundeskreis bei der Pflege des Ulenburger Parkes nützlich mache.
5. Abschließend gibt Hackenberg noch einen freundlichen pastoralen Rat: „Es hilft uns allen wenig, wenn Politiker über Ausländer, Migration und Integration debattieren, sich zur Religionsfreiheit bekennen und im Stillen hoffen, dass dies alles vor der eigenen Tür nicht stattfindet. Lassen Sie uns gemeinsam nicht nur über die Willkommenskultur in Deutschland reden, lassen Sie uns das auch gemeinsam in Löhne praktizieren.“



Nur 350.000€ statt 1.800.000€:

• Der Wittekindshof erhielt das Kaufangebot eines heimischen Arztes, dass sich auf rund 1,8 Millionen € belief. Hier sollte eine überregionale Hautklinik entstehen. – Aber der Wittekindshof wollte nicht.

Axel Oberschelp wollte in der Ulenburg eine Gesundheitszentrum einrichten und war bereit, knapp eine halbe Million € an den Wittekindshof zu zahlen. Doch der Wittekindshof verweigerte sich.

Die umstrittene Jesidengemeinschaft hingegen wurde mit Hackenberg und Starnitzke handelseinig, braucht aber nur rd. 350.000 € zahlen, die sie erst noch über Spenden einsammeln muss. – Bei dem schlechtesten Angebot sagt die Führung des Wittekindhof „JA“: Wir verstehen: Der Wittekindshof zeigte sich spendabel: Es gab einen satten Multi-Kulti-Rabatt.

Wittekindshof sponsert faktisch Jesiden

Die zusätzlich gebotenen Summen von mehr als 100.000 € bzw. von mehr als 1,45 Millionen €, die über dem Gebot der Jesiden lagen, werden von den Herren des Vorstandes offenbar als bedeutungslos eingeschätzt. – Sie wissen: Es gibt/gab ja genügend Menschen in Minden-Ravensberg, die dem augenscheinlichen Irrtum verfallen sind/waren, dass der Wittekindshof eine „evangelische“ Einrichtung ist und die deshalb gerne dafür spenden. Also kommt es auf läppische „sechs- oder siebenstellige“ Summen wohl nicht an, die der Wittekindshof hätte zusätzlich bekommen können.

• **Mit keinem Wort wird auf die realen jesidischen Gebräuche (Zwangsheirat, Ehrenmorde) und die umfangreichen Gewalttaten (wie z.B. in Herford) zwischen**

Jesiden und Islamisten, die die Jesiden als „Teufelsanbeter“ einschätzen, eingegangen. Solches darf augenscheinlich nicht angesprochen werden, da es der „Willkommenskultur“ nicht dienlich wäre. Kein Wort zu dem Risiko, dass die Ulenburg demnächst zum Schauplatz entsprechender Ereignisse wird. – Das Gebot der Stunde: Gezielt wegsehen!

• **Man kann den Herren Hackenberg und Starnitzke nur dringend nahelegen, möglichst zeitnah die evangelische Kirche und auch die Diakonische Einrichtung Wittekindshof zu verlassen, um sich federführend in eine heidnisch-fremdgläubige Multikulti-Stiftung – mit entsprechender Willkommenskultur - einzubringen!**

LBA will endlich wirksame Schutzmaßnahmen im Löhner Bahnhof Datenschutz für Gewalttäter?

„Spätestens seit der schrecklichen Gewalttat am Löhner Bahnhof muss deutlich sein, dass die vorhandenen Sicherungsmaßnahmen völlig unzureichend sind. Der von der SPD ins Gespräch gebrachte Begriff der >sozialen Kontrolle< hat zwar den Vorteil, dass er die Stadt keinen Pfennig kostet. Jedoch müsste spätestens seit der Mordtat am Bahnhof klar sein, dass >soziale Kontrolle< dort einfach nicht funktioniert, sondern lediglich ein Wunschtraum ist.“ so Rainer Kleimeyer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LBA.

Der Löhner Bahnhof und sein näheres Umfeld seien aber nicht mit diesem Vorfall erstmalig auffällig geworden. Seit Jahren seien hier regelmäßig und anhaltend Straftaten in Form von Vandalismus, Belästigung und Rowdytum zu beobachten, so dass zahlreiche Löhner insbesondere in den Nacht- und Abendstunden einen großen Bogen um den Bahnhof machten, und viele Bahnutzer lieber die weiter entfernte Bahnstation in Oeynhausen ersatzweise nutzten.

Wenn die Stadt Löhne sich schon weigere, das Videokamerasystem am Bahnhof regelmäßig zu warten und weiter auszubauen, dann müssten privates Sicherungspersonal oder staatliche Polizeikräfte eingesetzt werden, so die LBA.

Überwachung möglich!

Das Beispiel der Herforder Synagoge zeige, dass bei entsprechendem politischem Willen eine personale Überwachung durchaus möglich sei. Auf Weisung der Landesregierung würde die Synagoge in jeder Nacht - jahraus jahrein - von 22 bis 6 Uhr morgens von zwei Polizisten dauerbewacht, obgleich hier noch zusätzlich Sicherungssysteme wie auch Kameras eingesetzt würden.

Ratsmitglied Rainer Kleimeyer: „Im Gegensatz zur Herforder Synagoge ist der Löhner Bahnhof nachweisbar ein deutlich erkennbarer Kriminalitätsschwerpunkt und hat deshalb mindestens die gleichen personellen Sicherungsmaßnahmen verdient. Dagegen werden im Bereich der Herforder Synagoge überhaupt keine Straftaten verzeichnet. Die Landesregierung hat ausschließlich aus historischen Gründen verfügt, dass die Kreispolizei dort nächtlich einen Doppelposten abstellen muss.

Die Löhner-Bürger-Allianz fordert, auch am Bahnhof für ein vergleichbares Maß an personeller Sicherung zu sorgen. Das müssen uns die Löhner Bürger und Bahnkunden auf jeden Fall wert sein.“

Die jüngste Initiative der LBA im Stadtrat fordert:

- Die Stadt Löhne fordert das Land NRW bzw. den Landrat auf, in gleicher Weise wie bei der Herforder Synagoge dauerhaft zwei Polizei- oder Sicherheitskräfte zur Bewachung des Löhner Bahnhofs einzusetzen.
- Ferner ist zu prüfen, wie die Löhner Polizeiwache komplett im Löhner Bahnhof untergebracht werden kann.
- Flankierend ist im gesamten Bahnhofsbereich für eine wirkungsvolle Videoüberwachung zu sorgen, die unmittelbar mit der Löhner Polizeiwache verbunden ist und regelmäßig auf Funktionsfähigkeit überprüft wird.

Doch im Rat wurden auch die Widerstände gegen die Sicherungsmaßnahmen für den Bahnhof deutlich:

Der Bürgermeister, seine SPD und die Grünen, als deren Koalitionspartner, polemisieren gegen die Videoüberwachung („Problematisch aus Gründen des Datenschutzes!“) oder bestritten gar, dass der Bahnhof ein Kriminalitätsschwerpunkt ist.

Wir fragen: Was muss noch passieren, bis die SPD handelt?



Ära Bürgermeister Held zu Ende: Spitzenergebnisse bei Steuer- und Gebührenerhöhungen

Zu keiner anderen Zeit wurden dem Steuer- und Gebührenzahler so tief in die Taschen gegriffen wie zur Amtszeit des SPD-Bürgermeisters Held. Wir wollen das an einigen Zahlen verifizieren:

- So wurden seit 2010, also seitdem Bürgermeister Held das Sagen im Rathaus hat, die Grundsteuer A von damals 200 % auf nunmehr 246 % erhöht. Die Grundsteuer B von einst 391% auf 442%. Da fällt die Erhöhung der Gewerbesteuer von 403% auf nunmehr 415% vergleichsweise geringer aus.
- Richtig zur Kassen gebeten wurden die Löhner bei den Gebührensätzen der Wirtschaftsbetriebe. Um die politischen Entscheidungen in puncto Konzessionsabgaben und Abführung der Eigenkapitalverzinsung an den städtischen Haushalt als Konsolidierungsbeitrag zu finanzieren, mussten die Gebühren entsprechend angehoben werden:

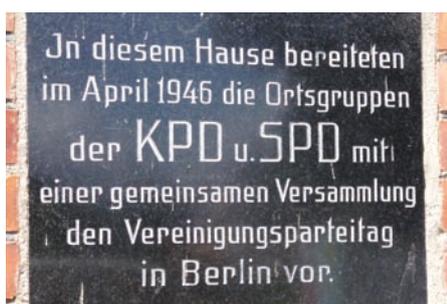
- a) Im Bereich Schmutzwasser: von 2009 bis heute um 33 Cent
 - b) Im Bereich Regenwasser von 36 Cent auf 42 Cent
 - c) Im Bereich Frischwasser von 1,63 € auf nunmehr 2,03 € (+25%)
- Das Drehen an der Steuer- und Abgabenschraube komplettieren die drastischen Erhöhungen bei der Hundesteuer, Vergnügungssteuer, ...

Es bleibt das Fazit: die Entschlossenheit (und teilweise beeindruckende politische Einigkeit bei SPD und CDU) bei den Mehrbelastungen der Löhner Bürgerinnen und Bürgern steht im krassen Widerspruch zu den fehlenden Antworten die wichtigen entscheidenden Zukunftsfragen der Stadt Löhne.



Champagner-Preise fürs Löhner Wasser

Die „elende Brut“ als Notreserve Sozis pfeifen auf Geschichte



„Mit großer Skepsis sieht die Bürger-Allianz die zunehmende Zusammenarbeit der SPD mit der mehrfach umgetauften DDR-Staatspartei, die jetzt in der Unterstützung der SPD für einen thüringischen Ministerpräsidenten von der Ex-SED/PDS gipfelte.“ so Eberhard Viering, Vorstandsmitglied der Löhner-Bürger-Allianz. Diese Entwicklung sei durchgängig auf überregionaler wie auch auf lokaler Ebene zu beobachten.

Viering: „Jahrelang war es für demokratische Politiker ein klares Tabu, dass man weder den Rechts- noch Linkstotalitären poli-

tische Hilfestellung gibt. 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der zweiten deutschen Diktatur wendet sich die SPD von dieser Linie und den damit verbundenen historischen Erfahrungen ab und will der SED/PDS-Nachfolgepartei „Linke“ die Hand reichen, um unter deren Regie in die Thüringische Landesregierung zu kommen.“

Mit großem Recht habe unser Bundespräsident Joachim Gauck darauf hingewiesen, so Stadtratsmitglied Günter Schlüter, dass es für die Opfer der SED-Diktatur eine heftige Zumutung sei, die gleiche Partei unter anderem Etikett wiederum in einer führenden Regierungsposition zu sehen. Dies habe auch der Stasi-Beauftragte Roland Jahn unter Verweis auf das ungeklärte Verhältnis der Linken zu ihrer diktatorischen Vergangenheit und dem Stasi-Terror noch einmal ausdrücklich bestätigt. Im Gegensatz zu Gaucks berechtigter Kritik an den Rechtsextremisten, die allseits akzeptiert wurde, würde die SPD nun auf die Anmerkungen Gaucks zur ehemaligen DDR-Staatspartei überaus allergisch reagieren.

Günter Schlüter: „Auch vor Ort, hier in Löhne, setzt die SPD gerade in den letzten Monaten zunehmend auf die Zusammenarbeit mit der Linkspartei, die von Wolf Biermann im Bundestag so zutreffend als der „elende Rest“ der DDR und als „Drachenbrut“ charakterisiert wurde.“

Linke = SPD-Ersatzreserve

Nach der letzten Kommunalwahl, die den Löhner Sozialdemokraten einen weiteren Stimmenrückgang bescherte, setzten diese offenbar darauf, ihre Politik im Stadtrat mit dem Flankenschutz der SED/PDS-Nachfolgepartei „Linke“ fortzusetzen, so Ratsmitglied Schlüter. Deshalb habe Bürgermeister Held es sich angewöhnt, mit auffälliger Milde im Stadtrat die ideologischen Eskapaden und marxistischen Agitationen der Linksextremisten zu akzeptieren.



Eberhard Viering, LBA

„War doch alles halb so schlimm!“

Wenig Reue bei den Pädo-Grünen

„SCHWUP“ hieß der bundesweite Arbeitskreis der Partei „Die Grünen“. Unter diesem Kürzel setzte sich die parteiinterne „Arbeitsgemeinschaft der Schwulen, Päd-erasten und Transsexuelle“ dafür ein, dass Homosexualität und auch Sex mit Kindern „entkriminalisiert“ wird, so das Grund-satzprogramm der Grünen (1980). Finanzielle Unterstützung gab es sowohl von der grünen Partei als auch deren Bundestags-fraktion. (Zeit-online 16.5.'13)

Ziel der Pädo-Lobbyisten war die Strei-chung der Strafgesetzbuchparagrafen 174 (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen) und 176 (Sexueller Missbrauch von Kindern unter 14 Jahren) durchzusetzen.

Auch der grüne Landesverband NRW, dem die beiden Löhner grünen Ratsehepaare Silke Glander-W. + Dieter Glander sowie Kerstin + Jörg Prätorius zugehörig sind, nahm im NRW-Wahlkampf 1985 die For-derung nach der Legalisierung der Pädophilie ganz offiziell ins Wahlprogramm auf.

Nicht in der grünen Partei, wohl aber in der Öffentlichkeit folgte eine Welle der Entrüstung. Selbst die grüne Hauspostille „TAZ“, üblicherweise einer kritischen Dis-tanz zu den Grünen gänzlich unverdäch-tig, titulierte die grüne Partei – vulgär aber eindeutig - als „Kinderficker-Partei“.

Einige prominente grüne Mandatsträger hatten sich beim Thema „Sex mit Kindern“ besonders hervor getan: Im Buch „Der pä-dosexuelle Komplex“ befürwortete Volker Beck Straffreiheit bei gewaltfreiem und ein-vernehmlichem Sex zwischen Erwachsenen und Kindern.

Ebenso verantwortete Jürgen Trittin ein kommunalpolitisches Wahlprogramm, in dem Straffreiheit von gewaltfreiem Sex zwi-schen Erwachsenen und Kindern gefordert wird. [Spiegel 20.9.'13]

Auch der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit entfaltet mehrfach (schriftlich) üble Phantasien zum Thema Sex mit Kin-dern [FAZ 29.4.'13]



So weit die grüne Theorie:

Spätestens seit dem Bericht der Pädophilie-Kommission ist klar, dass Sex mit Kindern nicht im Bereich der grünen Theorie ver-blieb, sondern dessen praktische Anwen-dung bei den Grün-Alternativen durchaus konkret wurde, nicht aber Einzelfälle wa-ren.

In einem Interview mit dem Pädo-Kommis-sionsmitglied Thomas Birk ist die Rede von rd. 1000 kindlichen Opfern der günen Pä-do-Polit-Aktivisten. [Tagesspiegel 22.5.'15; LZ 21.5.'15]

Als Resümee kommt der TAZ-Journalist Christian Füller schon vorher zur Erkenntnis:

Kindesmissbrauch gehörte quasi zur DNA der Grünen!

Kurz vor der Veröffentlichung seines Arti-kels wird dieser von der TAZ-Chefredaktöse Ines Pohl im letzten Moment gestoppt und zensiert, erscheint dann aber an anderer Stelle. (in: stefan-niggemeier.de; 18.8.'13; Welt 19.8.'13) - - -

Von all dem erscheint auf der lokalen Homepage „Grüne-im-Kreis-Herford“ gar nichts, auch nicht der leiseste Hauch einer Kritik oder Distanzierung.

Stattdessen ein hübsches Motto fürs grüne Poesiealbum:



Offenbar gehörten Kinder - aus grüner Sicht - aber nicht zu „den Schwachen“, die vor sexuellem Missbrauch geschützt werden müssten.

Nebenbei: Die grün-friedensbewegte, zur Ikone erklärte Petra Kelly, die so herzer-greifend obige grüne Lyrik absondern konnte, wurde 1992 von ihrem grünen-frie-densbewegten Lebensabschnittsgefährten Gerd Bastian persönlich im Schlafzimmer erschossen.

Beide waren Mitglieder der grünen Bun-destagsfraktion. Bastian soll - so klare Hin-weise nach seiner Suizidierung – nicht nur für die Grünen, sondern auch noch für die DDR-Staatssicherheit gearbeitet haben. [Focus 19.4.'93]

Die Stasi war als „Schwert und Schild der Partei“ (= SED / heute Linke) bekannterma-ßen besonders dem „Friedens-Schaffen“ und dem Schutz „des ersten Arbeiter- und Mauern-Paradieses auf deutschem Boden“ verpflichtet.

**Euro-Wortbruch:
Sind Sie auch
auf diese
Lüge reinge-
fallen?**

**CDU Wahl-Plakat
aus dem Jahr 1999!**

**Was kostet
uns der EURO?**

**a) Muß Deutschland für die Schulden
anderer Länder aufkommen?**



Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, daß die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften. Mit den Stabilitätskriterien des Vertrags und dem Stabili-tätspakt wird von vornherein sichergestellt, daß die Nettoneuverschuldung auf unter 3% des Bruttoin-landsprodukts begrenzt wird. Die Euro-Teilnehmer-staaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können.

Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vornherein ausgeschlossen werden.

... vom Wittekindshof weit unter Wert verramscht

Am 30. 1.'15 wurde die jahrhundertealte Ulenburg, das bedeutungsvollste historische Gebäude der Stadt Löhne, verkauft. - Der bisherige Inhaber, die Evangelische Stiftung Wittekindshof, verkaufte das Löhner Schloss, das jahrzehntelang als Wohnung für behinderte Mitmenschen genutzt wurde, an die umstrittenen jesidische Glaubensgemeinschaft, der es aufgrund langanhaltender und heftigster Proteste der Herforder Bevölkerung nicht gelang, den ehemaligen Gasthof Erler in Elverdisen für ihre Zwecke zu erwerben und zu einem Jesiden-Zentrum auszubauen.

Blinde Kuh

Noch im Januar 2015, wenige Stunden vor Abschluss des Vertrages zwischen dem Wittekindshof und den Jesiden plagt den Bürgermeister sein schlechtes Gewissen. In Gesprächen mit dem Wittekindshof-Vorstand war verabredet worden, ganz bewusst mit dem Stadtrat „blinde Kuh“ zu spielen und ihn über die Entwicklung in Unkenntnis zu lassen.

Weder der Verkauf an die Jesiden noch das Übergabeangebot zugunsten der Stadt wurde vom Bürgermeister weitergeleitet oder gar dem Rat zur Abstimmung vorgelegt. „Bürgernahe“ SPD-Politik nach Gutscherrenart!

Lediglich einige Eingeweihte, selbstredend eigene SPD-Parteigenossen, wurden in die Geheimsache eingeweiht. Der Rat jedoch in beiden Fällen nicht.

Noch kurz vor „Toresschluss“ bekommt der Bürgermeister dann doch kalte Füße und versucht in einem Schreiben an den Wittekindshof zu retten, was zu retten ist.

Held an Hackenberg vom Wittekindshof: „Ich komme zurück auf unser persönliches Gespräch in der vergangenen Woche, in

dem Sie mir den Vertreter der Interessengemeinschaft zum Erwerb von Schloss Ulenburg vorgestellt haben.“ So schrieb er. Und

„Allerdings haben die Vorfälle in unserer Nachbarstadt Herford gezeigt, dass die Jesiden durchaus Angriffspunkt für andere religiös orientierte Gruppierungen sein können. Insofern habe ich die Befürchtung, dass durch die Ansiedlung der jesidischen Glaubensgemeinschaft im Schloss Ulenburg dort möglicherweise ein Konfliktpotential entstehen kann, wie es in Löhne bisher nicht vorhanden war. [...]“

Zudem ist Herr Oberschelp nach vorliegenden Informationen offenbar bereit, einen höheren Kaufpreis zu zahlen. Es ist den Löhner Bürgerinnen und Bürgern schwerlich zu vermitteln, dass hier eine Einrichtung, die für die Stadt eine große historische Bedeutung hat, für die Löhner Bevölkerung mehr oder weniger verloren gehen soll. Aus den dargelegten Gründen möchte ich Sie bitten, die Angelegenheit noch einmal zu überdenken.“

Die Wittekindshof-Vorstände Hackenberg + Starnitzke erreichte dieser Brief, eine knackig arrogante Zurückweisung ging an den Bürgermeister mit der Tagespost zurück. Und Hans-Dieter Held war bis aufs Unterhemd blamiert.

Resultat des Held'schen Schreibens: In der Sache auch nicht eine hauchdünne Veränderung: Es blieb dabei: Alles lief – wie vom Wittekindshof und

den Jesiden eingestiebt.

Und was macht ein Politiker, der nun so böse vorgeführt wurde und heftigst blamiert im Regen steht?

Kurzerhand wird die Realität einfach umgedreht, frei nach dem Motto: Wenn wir schon nicht erfolgreich dagegen sein können, dann sind wir halt besonders dolle dafür!

Das heißt im Klartext:

Der Verlust der Ulenburg für die Stadt Löhne, der vom Bürgermeister noch kurz vor Vertragsabschluss – zu Recht - befürchtet wurde und seinen – schließlich wirkungslosen - „Brandbrief“ an den Wittekindshof auslöste, dieser Verlust, wird nun – großartig inszeniert vor großem Publikum bombastisch gefeiert!

Gefeiert, nach allen Regeln der propagandistischen Kunst als eindrucksvolle Willkommensveranstaltung in der städtischen Werretalhalle.

Inoffizielles Motto der Feierlichkeiten: „Wenn's Gewitter dann doch kommt, dann wird es eben bejubelt!“

